PB.I-01-228

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Karl Bär (KV Miesbach)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 227 bis 229 einfügen:
nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Dem europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI können wir in seiner jetzigen Form nicht zustimmen. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die Zwangsarbeit beendet. Das

Begründung

Das europäisch-chinesische Comprehensive Agreement on Investment (CAI) wurde u.a. auf Druck der deutschen Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr schnell finalisiert und soll im Herbst von Rat und Parlament der EU ratifiziert werden. Im Rat hat die deutsche Bundesregierung, die wir dann führen wollen, die stärkste Stimme.
Das Abkommen erfüllt nicht die im Originaltext genannten Ziele, den Wettbewerb fairer zu gestalten und Rechtsstaatlichkeit zu stützen. Die Bestimmungen zu Arbeitnehmerrechten oder Umwelt- und Klimaschutz sind schwach und nicht durchsetzbar. Diesem Abkommen zuzustimmen und die Verhandlungen um ein Investitionsschutzabkommen weiterlaufen zu lassen, wäre eine verschenkte Chance und einstrategischer Fehler.

weitere Antragsteller*innen

Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Stefan Krischer (KV Aachen); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Anna Sophie Emmendörffer (KV Potsdam-Mittelmark); Marcel Schmidt (KV Miltenberg); Steffen Pichl (KV Fulda); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Michael Maxein (KV Hameln-Pyrmont); Philipp Schmagold (KV Kiel); Reinhard Bayer (KV Gießen); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); Lidia Ludwig (KV Hameln-Pyrmont); Hans Aust (KV Aachen); Dietmar Günther (KV Dresden); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Andreas Müller (KV Essen); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Rudi Amannsberger (KV München)